

Abwanderung und Flucht als systemgefährdendes Dauerproblem der DDR

1952 bis 1989 - Flucht und Abwanderung

Seite 264- 271,275 auszugsweise.

„Mangelnde Mitwirkungs-, Entfaltungs- und Konsummöglichkeiten sowie Diskriminierung und Repression führten in der DDR zu einer permanenten Abwanderungstendenz. Diese „Abstimmung mit den Füßen“ war für die DDR nicht nur ein Legitimationsproblem erster Ordnung, sondern hatte auch mehr oder weniger schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen, die in manchen Phasen eine existenzbedrohende Dimension annahm. Dies führte ab 1952 zu immer schärferen Reisebeschränkungs-, Überwachungs- und Grenzsicherungsmaßnahmen bis hin zur vollständigen Abriegelung des eigenen Herrschaftsbereichs (DDR) durch den Bau der Berliner Mauer 1961. In der Zeit von 1949 bis 1961 waren 2,7 Millionen DDR-Bürger in den Westen geflohen.

Die Staatssicherheit spielte bei der Bekämpfung von Flucht und Ausreise eine zunehmend wichtige, ab 1961 eine zentrale Rolle. Bei der unmittelbaren Grenzsicherung standen zwar die Grenztruppen im Vordergrund, aber die Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) in den Grenztruppen war außerordentlich hoch. Die unmittelbare Kontrolle der Reisenden übte das MfS durch die Passkontrollseinheiten direkt aus. Federführend war es auch bei der Überwachung von Fluchtverdächtigen, der Suche nach Flucht begünstigten Umständen, der Verfolgung von „Republikflüchtigen“ und Fluchthelfern sowie bei der Eindämmung der Ausreisebewegung. Die Todesfälle an der innerdeutschen Grenze können ohne die MfS-Akten nicht behandelt werden, weil die Stasi alle entsprechenden Ermittlungen an sich zog und führte“.

1. Didaktische Vorüberlegungen

„Für eine Beschäftigung mit der Rolle des MfS unter der Fragestellung der asymmetrischen Verflechtung ist das Thema „Flucht und Ausreise“ aus unterschiedlichen Gründen geeignet:

■ Die Thematik „Flucht“ und „Ausreise“ aus der DDR spielt in den Lehrplänen aller Bundesländer eine Rolle und gehört zum Lernstoff der 10. Klassen. Die meisten Schüler/innen kennen zumindest grafische Darstellungen der Fluchtzahlen bis 1961 aus den Schulbüchern und verfügen daher über wenigstens erste Anknüpfungsmöglichkeiten.

■ Die Tatsache, dass Menschen unter Einsatz ihres Lebens und unter Aufgabe ihres bisherigen beruflichen und sozialen Umfelds aus dem östlichen Teil Deutschlands in den westlichen Teil flüchteten, ist den Schülern kaum vorstellbar. Mit dem Ausreiseverfahren verbindet die heutige Schülergeneration vor dem eigenen Erfahrungshintergrund zunächst ein für die Ausreisenden lediglich formales rechtsstaatliches Verfahren. An diesem Beispiel kann gut herausgearbeitet werden, welche Fehleinschätzungen der Transfer von heutigem Begriffsverständnis auf historische Phänomene bewirken kann. Die Frage nach den individuellen Folgen eines „rechtswidrigen“ gestellten Ausreiseantrags und deren Familien und die Methoden, mit denen die Antragsteller kriminalisiert wurden, kann auch anhand der Akten des MfS aufgezeigt werden.

■ Die Zurückdrängung der Ausreisebestrebungen und die Verhinderung bzw. Vertuschung von Fluchtversuchen geschahen zwar in der DDR, sind aber als Aspekt der deutsch-deutschen Beziehungs- und Abgrenzungsgeschichte zu verstehen. So wurden diese Erscheinungen von der SED-Führung und dem MfS als exogen und vom Westen gesteuert gedeutet. Gerade die MfS-Unterlagen zeigen aber,

■ dass intern durchaus auch endogene Ursachen erkannt wurden. Diese können, neben den Erfahrungsberichten der Beteiligten, vor allem aus den Stasiakten erschlossen werden.

■ Die Ablehnung von Anträgen und Kriminalisierung von Antragstellern vor dem Hintergrund verbesserter deutsch-deutscher Kontaktmöglichkeiten seit 1972 und der Dauerpräsenz von Westmedien veranschaulichen das Interdependenzgefüge zwischen beiden Teilen Deutschlands.

■ Die individuellen Folgen für die Ausreisenden, die Frage nach der Integration in der Bundesrepublik in der Zeit der Entspannungspolitik in den 1970er und 1980er Jahren und die so genannten „Rückverbindungen“, also Kontakte von ehemaligen DDR-Bürgern aus der Bundesrepublik in die DDR, verweisen auf den jeweiligen bundesrepublikanischen Kontext. Die Aufmerksamkeit des MfS galt teilweise auch den in der Bundesrepublik lebenden Geflüchteten, Ausgewiesenen oder Ausgereisten. Die Beobachtung oder gar die Bearbeitung durch das MfS konnte in Einzelfällen bis in den Herbst 1989 andauern, obwohl die Betroffenen zu dieser Zeit teilweise schon seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik lebten.

■ Das Thema bietet weiterführende und fächerübergreifende Anknüpfungspunkte zur Frage nach Migrationsursachen, Integrationsleistungen und –schwierigkeiten der Gegenwart. Aus dieser gegenwartsbezogenen Perspektive heraus kann die Spezifik der deutsch-deutschen „Migration“ deutlich werden.

■ Eine Diskussion der verwendeten Termini (Flucht vs. Grunddurchbruch, Abwanderung, Migration, Verbleiber, Ausreis Antragsteller versus „rechtswidriger Antragsteller“, Wanderungsbewegung, republikflüchtig versus Republikflüchtling, Fluchthelfer vs. krimineller Menschenhändler etc.) stellt eine notwendige Voraussetzung für die Beschäftigung mit dem Themenkomplex dar. Sie bietet somit auch die Möglichkeit, politisch, alltagssprachlich oder fachsprachlich verwendete Begriffe auf die ihnen jeweils zugrunde liegenden Interessen oder Vorstellungen zu prüfen sowie mögliche Instrumentalisierungen oder ideologische Verwendungszusammenhänge zu reflektieren.

■ In aller Regel berührt der Themenkomplex den Erfahrungshorizont von Lehrern und Eltern der heutigen Zehntklässler, da fast alle Deutschen über 35 mit der Realität der geschlossenen deutsch-deutschen Grenze in irgendeiner Form konfrontiert waren.

■ Den Schülern wird anschaulich vermittelt, dass ein Recht, das ihnen heute als Selbstverständlichkeit erscheint, für ein Viertel der Deutschen vor 1989 ein fast unerreichbares Gut war (Wertschätzung von Grundrechten).

■ Sowohl in Längs-als auch in vergleichenden Querschnittsuntersuchungen kann das Themenfeld der deutsch-deutschen Flucht und Ausreisethematik gewinnbringend als Folie und Interpretationsgrundlage für die jeweilige politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Beziehungsgeschichte der beiden Staaten herangezogen werden. Als Teilausschnitte sollen im Folgenden die Zeiträume 1949 bis 1961 und 1970 bis 1989 näher betrachtet werden.

2. Chronologischer Zugang

„Die Fluchtzahlen von 1949 bis 1961 werden in zahlreichen Schulbüchern dargestellt und als Ursache für den Mauerbau 1961 behandelt, das Thema „Flucht“ ist in dieser Form häufig Bestandteil des Geschichtsunterrichts. Die Thematik eignet sich zunächst einmal dafür, den Umgang mit Statistiken zu üben. Für einen integrativen Zugang zum Thema „Abwanderung und Flucht“ bietet sich für die 1950er Jahre an, ebenfalls die West-Ost-Wanderung zu beachten, die es neben der exorbitanten, die DDR destabilisierenden Abwanderung auch gab. Quantitativ und qualitativ bei weitem nicht vergleichbar, bietet diese Wanderung dennoch die Möglichkeit, nach den Motivlagen für das Verlassen der Heimat aus beiden bzw. in beide Richtungen zu fragen. Von den West-Ost-Wandernden in der Zeit bis 1961 waren zwei Drittel Rückkehrer, Menschen also, die zuvor aus der DDR in die Bundesrepublik gegangen bzw. geflüchtet waren und von dort wieder zurückkehrten. Die Tatsache, dass vor allem Jüngere wieder in die DDR zurückkehrten, wurde von der DDR- Propaganda als Hinweis auf das brutale Gesicht des Kapitalismus gedeutet, eine Legitimationsstrategie, die das offizielle BRD-Bild der DDR bis 1989 bestimmen sollte und teilweise bis heute nachwirkt. Von den neu aus der Bundesrepublik in die DDR Ziehenden verfügten viele nur über geringe berufliche Qualifikationen und hatten im Westen schlechte Berufsperspektiven. Massive Vorbehalte der DDR-Bürokratie und Ressentiments in der Bevölkerung waren teilweise so stark, dass viele Neubürger der DDR bald wieder den Rücken kehrten. Natürlich standen alle in die DDR eingereisten Zuwanderer unter besonderer Kontrolle der Stasi.

Die West-Ost-Wanderung führte bei der Bundesregierung zu einer gewissen Beunruhigung, die sich jedoch wieder legte, nachdem sich die Hinweise verdichteten, dass viele der in die DDR Ausgereisten aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität in der DDR wieder in die Bundesrepublik zurückkehrten. Die Verflochtenheit der beiden deutschen Staaten spiegelt sich also in der Wanderungsbewegung wider und war zugleich Reflex und Impuls für die jeweilige wirtschaftliche Entwicklung. So übte der Aufschwung der bundesdeutschen Wirtschaft seit Mitte der 50er Jahre eine große Anziehungskraft aus. Dem gegenüber standen in vielen Berufsbereichen der DDR schlechtere Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse sowie massive Einschränkungen und Restriktionen bis hin zum Entzug der originären Lebensgrundlagen, zum Beispiel bei Unternehmern, Handwerkern oder Landwirten. Die Wirtschaft in der Bundesrepublik profitierte vom Zuzug der seit Mitte 1950er Jahre immer dringender nachgefragten Arbeitskräfte mit teilweise sehr guten Qualifikationen. Das Beispiel der Menschen, die mehrfach zwischen beiden deutschen Staaten wechselten, zeigt auch, dass unterhalb der Schwelle der Block- und Systemkonfrontation auch noch das Bewusstsein wirksam sein konnte, lediglich von einem Teil Deutschland in den anderen zu wechseln und wieder zurückkehren zu können.

Am Beispiel der Flüchtenden und Wandernden in der Zeit von 1950 bis 1961 kann also die Ost-West-Verflechtung unter den Bedingungen einer konfrontativen System- und Blockauseinandersetzung bei einer noch bedingt offenen Grenze behandelt werden. Es folgte ab 1961 eine Phase, in der es der SED-Führung darum ging, die geschlossene Grenze möglichst unüberwindbar zu machen. Hierbei übernahm das MfS wichtige Funktionen (Entwicklung von Strategien für den „pioniertechnischen Ausbau“ der Grenzsicherungsanlagen, Passkontrolle, Überwachung der Transitstrecken, systematische Bekämpfung von Fluchthilfeorganisationen u.a.) In der Zeit von 1961 bis Ende 1988 kamen rund 616 000 Menschen in die Bundesrepublik, davon 235 000 auf unterschiedlichen Wegen ohne Genehmigung, also als „Republikflüchtlinge“, sei es über andere sozialistische Länder, versteckt in Fahrzeugen oder als „ Verbleiber“ nach einer Westreise. Etwa 38 000 Menschen riskierten die Flucht über die deutsch-deutsche Grenze. Mindestens 765 Menschen kamen unmittelbar bei dem Versuch, die Grenze der DDR zu überwinden, ums Leben.

Rund 382 000 Menschen gelangten von 1961 bis 1988 auf legale Weise aus der DDR in die Bundesrepublik. Grundsätzlich gab es kein Recht auf Auswanderung aus der DDR, Ausreiseersuchen oder -anträge galten als rechtswidrig. Erst 1983 kam es zu einer gesetzlichen Regelung für einen eng begrenzten Kreis, so konnte Rentnern und invaliden die Ausreise bewilligt werden. Kinder und vereinzelt auch Eheschließende konnten im Rahmen der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik gelangen, aber selten problemlos und nie auf der Basis einklagbarer Rechtsansprüche. Fast 33 000 politische Häftlinge wurden darüber hinaus von der Bundesrepublik bis 1989 freigekauft. Für Menschen unterhalb des Rentenalters gab es bis zu einer sehr restriktiven Verordnung von 1988 keinen legalen Weg, die DDR zu verlassen. Sie konnten zwar einen Antrag auf „Übersiedlung in die Bundesrepublik stellen“, galten dann aber als „ rechtswidrige Antragsteller“. In der Zeit des „ Wandels durch Annäherung“ seit 1969 bzw. seit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags 1972 operierte das MfS unbeirrt mit dem Instrumentarium des Kalten Krieges vor dem Hintergrund einer schematischen Freund-Feind-Wahrnehmung. Als Grundlage für die Thematisierung des scheinbaren Widerspruchs zwischen Entspannungsbestrebungen auf der einen und gleichzeitigen Ausbau des Kontroll- und Repressionsapparats auf der anderen Seite bieten sich die Akten der Zentralen

Koordinierungsgruppe (ZKG) des MfS zur Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung an. Diese Gruppe war 1975 als Reaktion auf die seit Anfang der 1970er Jahre verbesserten Ost-West-Kontakte gegründet worden. Aus Sicht des MfS stellte die Forcierung der Kontaktpolitik und Kontakttätigkeit ein vorrangiges Instrument des Gegners in der gegenwärtigen Klassen-auseinandersetzung dar. Das Wörterbuch der Staatssicherheit bezeichnet in dem Artikel „Kontaktpolitik, gegnerische „ diese konsequent als:“

„Bestandteil der Politik der Regierungen imperialistischer Länder, insbesondere der „neuen Ostpolitik“ der BRD, gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern. Die Kontaktpolitik entstand als Mittel und Methode unter den Bedingungen des sich ständig zu Gunsten des Sozialismus verändernden Kräfteverhältnisses und dem damit verbundenen Anpassungszwang des Imperialismus an diese veränderten Lagebedingungen. Die Kontaktpolitik verfolgt das Ziel, die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzuweichen und zu zersetzen, Widerstand gegen die Politik der kommunistischen Parteien und die sozialistische Staatsmacht hervor-zurufen, eine politische Untergrundtätigkeit und „innere Opposition“ zu entwickeln und damit einen Prozess der Restauration imperialistischer Verhältnisse in den sozialistischen Ländern in Gang zu setzen.

„Zunächst galt das Hauptaugenmerk der ZKG der Bekämpfung der Fluchten und des „staatsfeindlichen Menschenhandels“, also der Fluchthilfe, vor allem entlang der neuen Transitwege. Ab 1975 erhielt die Aufgabenstellung der ZKG durch die internationale Anerkennungspolitik der DDR eine neue Dimension. Mit der Unterszeichnung der KSZE-Schlussakte verpflichtet sich die DDR zur Einhaltung der Menschenrechte. In dem Maße, im dem diese Menschenrechtsaspekte bei den DDR-Bürgern ins Bewusstsein rückten, nahm die Zahl der Menschen, die einen Antrag auf Ausreise stellten, sprunghaft zu. Die Zurückdrängung der Aussied-lungersuchen stellte von nun an bis zum Ende der DDR die Hauptaufgabe der ZKG und der ihr unter-geordneten Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) dar. Von 1977 bis 1988 wurden durch das MfS und die Polizei rund 20 000 Ermittlungsverfahren gegen Antragsteller eingeleitet. Davon lagen 12 000 Verfahren in den Händen des MfS. Das Ausmaß nicht nur der Zahl der Flüchtenden und tatsächlich Ausgereisten und Ausgewiesenen, sondern auch derjenigen, deren Anträge nicht bewilligt wurden, geht aus internen Statistiken der Koordinierungsgruppen des MfS hervor, die hier vorgestellt werden sollen“

Tabelle: Fluchtfälle 1976 bis 1988

Jahr der Fluchten	gelungene Fluchten	verhinderte Fluchten
1976	951	3620
1977	927	3601
1978	778	2886
1979	832	2856
1980	872	3321
1981	663	2912

Jahr der Fluchten	gelungene Fluchten	verhinderte Fluchten
1982	647	3077
1983	697	2910
1984	627	1968
1985	627	1509
1986	1539	2173
1987	3565	3006

	6543	4224
bis 8.10.1989	53576	Keine Angaben

Tabelle: Antragsteller und tatsächlich Ausreisende 1977 bis 1989

	Antragsteller	Reisende		Antragsteller	Reisende
1977	ohne Angabe	3500	1983	10400	6700
1978	ohne Angabe	4900	1984	10600	29800
1979		5400	1985	13000	17400
1980	21 500	4400	1986	18600	16000
1981	23 000	9200	1987	105 100	7600
1982	24 900	7800	1988	113 500	25300
			bis 30.6.1989	125 400	34600

„Sehr anschaulich kann auf der Basis dieser Daten herausgearbeitet werden, inwieweit sich aus der zunehmenden deutsch-deutschen Annäherung und der internationalen Anerkennung, die die DDR jahrzehntlang angestrebt hatte, für diese negative Folgen entwickelten. Die Motive der Ausreisewilligen wurden von der ZKG akribisch gesammelt. Zu den unterschiedlichen Strategien zur Reduzierung der Ausreisenzahlen gehörten vielfältige repressive und integrative Gegenmaßnahmen, für die das MfS federführend war. So versuchte das MfS, durch massenhafte Genehmigungen von Ausreiseanträgen im Jahre 1984 das Konfliktpotential zu reduzieren, eine Maßnahme, die ebenso wirkungslos blieb wie andere Strategien.

Die Thematik „Flucht und Abwanderung“ eignet sich für eine Betrachtung vielfältiger Aspekte der deutsch-deutschen Wirklichkeit. Längsschnittuntersuchungen am Beispiel der Entwicklung der Fluchtzahlen, der sich verändernden Abwanderungsmotive und der Gegenstrategien des SED-Staates in den jeweiligen historischen Zusammenhängen sind ebenso fruchtbar wie individuelle biographische Zugänge u.a. auf der Grundlage der MfS-Akten. Die spezifische Situation des geteilten Landes bis 1961 mit der offenen Grenze in Berlin und den für die DDR systemgefährdend hohen Fluchtzahlen, später – nach dem Mauerbau – die mühsam gebändigte Abwanderungstendenz, die sich in den 1980er Jahren in der Ausreisebewegung wieder Bahn brach, und die beabsichtigte, aber nie wirklich gelungene Abschottung gegenüber dem Westen sind zentrale Aspekte der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte, bei denen die DDR-Staatssicherheit eine bedeutende Rolle spielte. Die besondere Ausprägung des ostdeutschen Überwachungsstaates und die historisch einmalige (relative) Größe seiner Geheimpolizei sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund fortbestehender deutsch-deutschen Verflechtungen zu erklären, die die SED-Diktatur vor ungleich größerer Herrschaftsprobleme stellte als ihre sozialistischen „Bruderstaaten“. In dieser Hinsicht berührt die deutsch-deutsche Perspektive einen Kernaspekt der Staatssicherheitsthematik.“

Abwanderungen aus der DDR und Zuwanderungen in die DDR 1950 bis 1961

Jahr	Abwanderungen aus der DDR nach	Zuwanderungen in die DDR von
	Deutschland und Berlin West	Westdeutschland und Berlin - West
1950	81121	23335
1951	187 791	47115
1952	185 778	23134
1953	296 174	31792
1954	226 355	75867

1955	315 235 in die Bundesrepublik	72858 in die DDR
1956	363 661	73707
1957	351 668	77952
1958	215 530	54846
1959	144 225	63152
1960	202 711	42943
vor Mauerbau bis August 1961	212 814	34039

Tötungen von „Grenzverletzern“ 1949 bis 1989

	<u>Berlin</u>	<u>Westgrenze</u>	<u>Ostsee</u>	<u>Ausland</u>	<u>Gesamt</u>	
■ Erschossen/ Minen/ Selbstschussanlagen	113	209	1	3	326	
■ Ertrunkene/ Wasserleichen	35	44	114	15	208	
■ Verunglückt/ Verstorben bei Flucht und nach Festnahme	7	5	0	10	22	
■ Selbstmord bei Festnahme		2	8	0	3	13
■ Tod ohne nähere Angaben	45	65	66	20	196	
■ Gesamt		202	331	181	51	
	765					

Ausführlich zu den Todesfällen und Todesopfern– siehe LINK www.chronik-der-mauer.de , auch unter „Zeitzeugen“ als LINK auf meiner Homepage

Quelle und Autor: Titel „ Teilung und Integration“ von Ch.Kleßmann und P.Lautzas (Hrsg.) –oder „Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte“ , Bonn 2005, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. ISBN 3-89331-599-3 und ISSN 04355-7604, auch unter bpb.de Schriftenreihe Band 482 - (295 Seiten)

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-3-102>

http://www.bpb.de/publikationen/KF41IB,0,0,Teilung_und_Integration.html

Zum Zwecke für politische Bildung, und zur Aufarbeitung der SED-Opfer zu den Themen: Flucht und Ausreise aus der DDR, Auszug aus Seite 264-271, 275 auszugsweise; von sed-opfer-hilfe.de

Inhaltverzeichnis:

Vorwort

I.Überlegungen zum Konzept

Peter Lautzas: – Die deutsch-deutsche Geschichte als pädagogische Herausforderung

Christoph Klessmann: - Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990

Ulrich Bongertmann: - Didaktische Ansätze zur deutschen Teilungsgeschichte

II.Themenfelder

1. Herrschaft und Legitimation

Martin Sabrow: - Herrschaftslegitimation in geteilten Deutschland

U.Bongertmann u. Wolfgang Hammer: - Macht und Unterordnung

2. Deutschland als Grenzregion-Konstruktion u.Erfahrung des „Anderen“

Thomas Lindenberger: - „Zonenrand“, „ Spergebiete“ und „Westberlin“- Deutschland als Grenzregion des Kalten Krieges

Klaus Fieberg: - Die innerdeutsche Grenze als Thema des Geschichtsunterrichts

3. Umgang mit der NS-Vergangenheit

Martin Sabrow: - Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur

Michaela Hänke- Portscheller: - Senne und Mühlberg – Sperrige Erinnerungsorte als didaktische Herausforderung

4. Wirtschaftsgeschichte

Andre Steiner: - Zwischen Wirtschaftswundern, Rezession und Stagnation-Dt.-dt. Wirtschaftsgeschichte 1945-1989

Martin Thunich:- Käfer und Trabi – Ikonen auf Rädern

5. Jugend

Konrad H. Jarausch: - Jzugendkulturen Generationskonflikte 1945 -1990

Rolf Brütting: - Zwischen Konsens und Konflikt – Jugend als didaktische Kategorie

6. Der Staatssicherheitsdienst

Roger Engelmann u. Axel Janowitz: - Die DDR Staatssicherheit als Problem einer integrierten dt. Nachkriegsgeschichte

III. Literatur

Ulrich Bongertmann:- Deutsche Geschichte 1945-1990 – Literatur und Medien für Schule und politische Bildung

Vorstellung der einzelnen Autorinnen und Autoren